

*Michael Th. Greven
CDU und CSU in der Regierung -
Plädoyer, sich mit den Konservativen zu beschäftigen*

Trotz aller Spekulationen in den zwei Jahren zuvor kam der Regierungswechsel in der Bundesrepublik im Herbst 1982 für die meisten ja denn wohl doch überraschend. Eigentlich war niemand so richtig vorbereitet: weder die SPD auf die Opposition noch die Union auf die Regierung; und selbst die FDP, die doch in der Regierung blieb, wo sie die meiste Zeit in der Geschichte der Bundesrepublik war, mußte sich erst spalten. Am besten vorbereitet waren eigentlich die Gewerkschaften, die sich ja schon im August und September 1982, angesichts der sich auch für ihre Mitglieder verschärfenden Krisenfolgen, zu Demonstrationen und einer verschärften Gangart gegenüber der Regierung im Herbst entschlossen hatten. Das wurde nun natürlich viel leichter, da die überwiegend sozialdemokratische Gewerkschaftsführung in diesen Demonstrationen den Konflikt mit dem neuen CDU-Kanzler und insbesondere auch mit den wirtschaftsliberalen Ansichten eines Graf Lambsdorff offensiv suchen konnte.

Unvorbereitet waren aber vor allem auch die Sozialwissenschaftler, die sich, nach dreizehn Jahren sozialliberaler Koalition - nicht selten zuvor bereits schon zu einer »Ära« hochstilisiert - ob der offenkundigen Tatkraft, mit der die neue unionsgeführte Regierung ans Werk ging, verwundert die Augen rieben. Hinter ihr lag ja, insbesondere bei dem linken, kritischen Teil der Sozialwissenschaftler, eine Epoche von Reformismusanalysen und sozialistischer SPD-Kritik, in der auch noch in die feinsten Verästelungen hinein mit großem analytischen Scharfsinn und weitreichenden theoretischen Argumenten (wenn auch zumeist etwas weniger empirisch abgesichert oder materialreich) die 'Handlungspotentiale' und 'Handlungsrestriktionen' einer sozialdemokratisch geführten Regierung im Spätkapitalismus ausgeleuchtet worden waren. Insbesondere aus der Sicht einer nicht weiter reflektierten politökonomischen Perspektive war es ja auch so naheliegend, den Eintritt der SPD in die Regierung während der ersten schwereren Krise in der bundesrepublikanischen Gesellschaft 1966/67, deren »erfolgreiche« Bewältigung durch eine keynesianische Interventionspolitik und die Übernahme der Führungsrolle der sozialliberalen Regierung ab 1969 in einen »logischen« Zusammenhang zu bringen. Natürlich blieben die Einschätzungen und Analysen immer von einer gewissen Ambivalenz: Einerseits konnte schon aus ganz grundsätzlichen Überlegungen (...) nicht zugestanden werden, daß es die sozialdemokratisch geführte politische Intervention in die Reproduktionsbedingungen des Kapitals und der Arbeit gewesen sein sollte, die zu dem raschen Wiederaufschwung am Ende der 60er Jahre geführt hatte; andererseits schien unter spätkapitalistischen Bedingungen eine sozialdemokratisch-keynesianische aktive Steuerungs politik die quasi natürliche Voraussetzung dafür, daß die spätkapitalistische Gesellschaft sich überhaupt politisch und ökonomisch noch zu reproduzieren in der Lage war. Das sozialdemokratisch-keynesianische Handlungsprogramm wurde flugs zu einer eigenen »Epoche« des (Spät-)Kapitalismus hochstilisiert: Am weitesten gingen da wohl Christine Buci-Glucksmann und Göran Therborn (1982), die von einem »sozialdemokratischen Staat« und einer entsprechenden »Keynesianisierung der

Gesellschaft« als dem dominanten Charakteristikum einer ganzen Epoche des Kapitalismus in den letzten dreißig Jahren ausgingen. Ungeachtet der Tatsache, daß das »keynesianische Zeitalter« in der Bundesrepublik frühestens 1967 begann und spätestens 1975 bereits wieder endete, ungeachtet der Tatsache, daß auch in Großbritannien auf gar keinen Fall von einer Kontinuität eines Labour-Keynesianismus in der Nachkriegsära gesprochen werden kann, ungeachtet der völlig spezifischen Bedingungen, die für französische Interventionen unter Gaullismus und Giscardismus vorlagen, wohl allenfalls auf das Göran Therborn aus seiner Heimat natürlich am besten bekannte schwedische Modell gestützt, wurde der »sozialdemokratische Charakter« der Interventionspolitik und der Keynesianismus der Konjunktur und Wirtschaftspolitik zum dominanten Charakteristikum einer ganzen Epoche hochstilisiert. So ist denn für jene, die es glaubten, der Regierungswechsel im Herbst 1982 auch mehr als ein Regierungswechsel: »Ahnungen von einem historischen Bruch tauchen auf«, das »Ende des keynesianischen Zeitalters« wird (jetzt!) gesehen und »die gewalttätige Durchsetzung eines neuen Akkumulations- und Gesellschaftsmodells« scheint manchem vor der Tür zu stehen (Hirsch, 1982).

Aber auch im Hinblick auf eine andere Auffassung, die in den letzten dreizehn Jahren nicht allzu selten anzutreffen war, dürften die ersten Monate einer unionsgeführten Regierung Überraschung ausgelöst haben: Jene, die in abstrakter Debatte die Handlungspotentiale einer Regierung unter kapitalistischen oder gar monopolkapitalistischen Bedingungen für ganz gering, die Politik mehr oder weniger als bloßes Epiphänomen und den Unterschied zwischen den politischen Parteien für eine zu vernachlässigende Größe gehalten haben, wurden in einigen Bereichen praktischer Politik in den letzten Monaten schnell eines besseren belehrt. Selbst wenn man die einschneidenden Kürzungen im Sozialbereich als in der Kontinuität der letzten beiden sozialliberalen Regierungsjahre stehend betrachtet, selbst wenn man zu recht davon ausgeht, daß auch schon in den letzten sozialliberalen Regierungsjahren eine angebotsorientierte Konjunktur- und Wirtschaftspolitik sich durchgesetzt hatte, selbst dann kann man gegenüber dieser Kontinuität die *Unterschiede für die auf die Transferleistungen des Sozialpolitiksystems Angewiesenen* kaum übersehen.¹ Hinzu kommt, was der politikwissenschaftlichen Erfassung zumeist die größte Mühe bereitet: jener schwer zu erfassende, aber offenkundig nicht mehr zu leugnende Wandel der öffentlich dominanten Ideologie in den Medien, der daraus resultierende Druck in öffentlichen Institutionen und Anstalten, kurz gesagt, die Veränderung des öffentlichen Meinungsklimas, in dem nun den Vertretern einer an Emanzipation und Solidarität orientierten Gesellschaftsreform wieder der eisige Wind leistungsorientierter Konkurrenzvergesellschaftung um die Nase weht.

Was Mitte der 70er Jahre als »Tendenzwende« noch unter sozialdemokratischer ideologischer Hegemonie von einigen offensiven Konservativen herbei geredet werden sollte, das wird nun durch die überall und besonders auch in der Bundesrepublik wirkende Allmacht des Opportunismus und Konformismus massiv zur wirklich herrschenden öffentlichen Ideologie. Längst vergessen geglaubte oder an den Rand gedrängte ideologische Positionen und Werte gewinnen ihre Respektabilität zurück. Während die Linke noch die »geistig-moralische Wende« bespöttelt, die den Hauptinhalt der Politik des neuen Kanzlers auszumachen scheint, findet sie überall in der Gesellschaft statt und gräbt ihr selbst das Wasser ab. Die Linke ist auch hierauf wenig vorbereitet. Die Auseinandersetzung mit dem Konservatismus ist in den Jahren der sozialliberalen Koalition zur Arbeit von Spezialisten geworden. Kaum irgendwo findet man ausreichende Informationen, geschweige denn Analysen

und Erklärungen der politischen, ideologischen und interessenmäßigen Basis der neuen Herrschaft.²

Das zuletzt Gesagte gilt ganz besonders auch für die Hauptprotagonisten, die CDU und die CSU. Während wenigstens für die CSU dank des Lebenswerkes von A. Mintzel eine voluminöse empirisch-historische Gesamtdarstellung der Entwicklung der Partei in der Geschichte der Bundesrepublik vorliegt,³ fehlen für die CDU vergleichbare Darstellungen und Analysen seit der Studie von E. Deuerlein (1957) vollständig. Allenfalls über die programmatische Entwicklung liegen ältere (Narr, 1966) oder auch jüngere (D. Buchhaas, 1981) vor. Daneben gibt es, wie die Arbeit von H. Pütz (3. Aufl. 1978), mehr der politischen Bildung oder gar der Reklame verpflichtete Darstellungen, deren analytischer Wert begrenzt bleibt. Eine Sonderstellung nimmt die wiederentdeckte Studie von A. Gurland (1980) über die Entstehung der Union ein, die in fruchtbarer Weise Dokumentation und Zeitkritik mischt, aber leider Fragment blieb.

Die intelligenteste Analyse, die immerhin eine Gesamteinschätzung versucht, methodisch allerdings der deskriptiv-historischen Darstellung verhaftet bleibt, stammt aus dem Ausland (G. Pridham, 1977). Daneben gibt es natürlich zahlreiche politikwissenschaftliche Aufsätze zu Einzelproblemen innerparteilicher Strukturen in CDU und CSU, auf die im einzelnen im Bedarfsfall noch zurückgegriffen wird. Das Verhältnis der beiden unabhängigen Parteien zueinander analysiert die, allerdings wiederum auch schon ältere Arbeit von G. Mühler (1976), in der natürlich die interessanten Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU um die strategische Perspektive in der Opposition und den Kanzlerkandidaten nach den Kreuther Beschlüssen der CSU von 1975 nicht mehr dargestellt werden können (zu den Fakten und Ereignissen: R. Roth, 1980). Schließlich gibt es natürlich im Zusammenhang mit Landtags- und Bundestagswahlen Analysen und Darstellungen der Wahlergebnisse, in denen das Elektorat der CDU und CSU eine Rolle spielt. Hier fällt der Beitrag von H.W. Schmollinger/R. Stöss (1976) insofern aus dem Rahmen der üblichen Wahlanalysen, als er zugleich ansatzweise über die bloße Analyse der Einzelsegmente des Elektorats hinausgehende Verallgemeinerungen zur sozialen und interessenmäßigen Basis im Zusammenhang mit dem Sozialstrukturwandel der bundesrepublikanischen Gesellschaft macht.

Zusammengenommen kann diese vorliegende Literatur den angesprochenen Mangel nur demonstrieren: insgesamt wenig aktuelle Information über die Partei mit dem kontinuierlich größten Wählerzulauf in der Geschichte der Bundesrepublik (nur 1972 gewann die SPD mehr Stimmen) und vor allem keine Analysen, die diese Informationen in einen Zusammenhang zur ja eigentlich interessierenden Frage nach der besonderen *Qualität und Reichweite einer konservativ geführten Politik* in der bundesrepublikanischen Gesellschaft stellen. Die wenigen Punkte, die ich nachfolgend ansprechen werde, können dem bestehenden Mangel keineswegs abhelfen. Der ganze Beitrag sollte eher als ein Plädoyer verstanden werden, sich auch von seiten kritischer Sozialwissenschaft anspruchsvoller und gründlicher mit den konservativen Kräften in unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen. So wie es aussieht, wird eine Beschäftigung mit dem Konservativismus für längere Zeit mit der Analyse der dominierenden Herrschaft identisch bleiben.

Die Zukunft der Union: Christdemokratisch oder Konservativ?

Im Vergleich zu anderen westeuropäischen Parteiensystemen zeichnet sich das bundesrepublikanische in seiner Nachkriegsentwicklung u.a. durch die Entstehung der überkonfessionellen CDU als der dominanten bürgerlichen Massenintegrationspartei aus. Das heißt, anders etwa als in England oder auch Frankreich, aber eher so wie in Italien und den Beneluxländern, gibt es in der Bundesrepublik keine konservative Partei von Gewicht auf Bundesebene. Die in der Parteienforschung übliche (s. etwa J. Raschke, 1978; K. von Beyme, 1982) Unterscheidung zwischen konservativen und christlich-demokratischen Parteien ist nur von geringem Interesse, wenn es um die Analyse und Beschreibung von Parteiensystemen als ganzem, insbesondere auch in vergleichender Perspektive geht. Dann nämlich läßt sich zeigen, daß konservative und christdemokratische Parteien funktional äquivalent im Hinblick auf die Integration der bürgerlichen Teile des Elektorats funktionieren. Historisch ist allerdings die Dominanz des einen oder anderen ideologischen Grundmusters weder zufällig, noch gleichen sich ideologische Grundmuster und sozialstrukturelle Verankerung so vollständig, daß eine Differenzierung unangebracht wäre. Richtet sich das Interesse allerdings allein auf das Parteiensystem der Bundesrepublik, so gewinnt die Unterscheidung analytische Relevanz, wenn es um die Frage geht, ob sich in der Geschichte der Union die beiden Strömungen realpolitisch feststellen lassen und ob sie in unterschiedlichem Maße zu unterschiedlichem Zeitpunkt für das dominante Politikverständnis der Union bedeutsam geworden sind. Dies ist offenkundig der Fall. Dabei sind zwei Ebenen in unterschiedlicher Weise zu berücksichtigen:

— die Heterogenität der CDU

— das Verhältnis von CDU und CSU als selbständige Parteien.

Die Entwicklung der CDU und CSU in der Bundesrepublik seit 1949 war durch das Fehlen eines zentralen Bundesparteiapparates und in der Folge davon durch die geringe machtpolitische Relevanz der Parteiführung der CDU gekennzeichnet. Bei insgesamt sehr geringer Bedeutung der Mitgliedschaft glied die CDU einem Verbundsystem verschiedener Vereinigungen, deren Integration weniger durch eine organisatorische Parteispitze als vielmehr durch Bundestagsfraktion und Regierung geleistet wurde. Dieses »Vereinigungssystem der CDU« (W. Höfling, 1980a; 1980b) war (und ist) durch seine außerordentliche Heterogenität charakterisiert. Als innerparteilich machtpolitisch bedeutsame Vereinigungen gelten vor allem: die Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) (Ebbighausen/Kaltenborn, 1973), die Mittelstandsvereinigungen der CDU/CSU (MV), der Wirtschaftsrat der CDU e.V. (Wrat) (J. Dittberner, 1973) und der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK). Während diese Vereinigungen schon in den 50er und 60er Jahren für die innerparteiliche Einflußnahme auf Fraktion und Regierung bedeutsam waren, stieg in den 70er Jahren aufgrund der noch zu beschreibenden Veränderungen der CDU die Bedeutung der Jungen Union Deutschlands (JU) (Grasser, 1973) und der Frauenvereinigung der CDU Deutschlands (FV) deutlich an. Demgegenüber ist der politische Einfluß der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU - Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (VOM) ebenso wie der des Bundesfachausschusses für Agrarpolitik (AgrarA) in den letzten Jahren deutlich gesunken.

Diese Vereinigungen, damals zumeist intern sehr viel effektiver und straffer organisiert als die Gesamtpartei auf Bundesebene, repräsentieren sozialstrukturell und ideologisch ein sehr breites Spektrum von Interessen, deren Integration zu einer einheitlichen parteipoliti-

schen Konzeption in den 50er und 60er Jahren vor allem auf Fraktionsebene und durch die proportionierte Zusammensetzung der Ministerriege der CDU-geführten Bundesregierungen geleistet wurde (A. Heidenheimer, 1960). Für die angesprochene Frage der Klassifikation der CDU als christdemokratische Partei ist anzumerken, daß stets eine deutliche und erkennbare ideologische und interessenpolitische Spannung zwischen den aus der katholischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stammenden Sozialausschüssen einerseits, der eher die konservativ ideologische Richtung vertretenden Mittelstandsvereinigung und dem eindeutig die Interessen der Großindustrie vertretenden Wirtschaftsrat andererseits bestand. Diese *ideologische und interessenpolitische Balance* führte in der Sozial- und Wirtschaftspolitik der 50er und 60er Jahre zu dem bekannten Ereignis einer *unter Wachstums- und Expansionsbedingungen* des westdeutschen Kapitals außerordentlich *erfolgreichen sozialpaternalistischen Integration* der lohnabhängig Beschäftigten in die bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Solange ohne staatlichen Eingriff in die Dispositionsgewalt der fungierenden Einzelkapitale in begrenztem Maße aus dem Wirtschaftswachstum umzuverteilende Bestandteile des gesellschaftlichen Gesamtprodukts zu Verfügung stehen, solange mit anderen Worten aufgrund der expansiven Rekonstruktion des westdeutschen Kapitals Akkumulationsbedingungen des Kapitals und sozialstaatliche Transferleistungen gleichermaßen finanzierbar waren, funktionierte die »Volksparteienideologie« der Union außerordentlich erfolgreich.⁴ In der Tat sind die in dieser Periode erreichten Sozialleistungen und Absicherungen gegen die Risiken der Reproduktion der Arbeitskraft beträchtlich und führten zusammen mit einer stetigen Zunahme des real verfügbaren Einkommens und einem in der Geschichte der Arbeiterklassen aller vergleichbaren Länder *einzigartigen Lebensstandard* dazu, daß die Union neben ihrer traditionellen Klientel relativ erfolgreich auch im Bereich der lohnabhängig Beschäftigten, hier insbesondere wieder in den katholisch geprägten Arbeitermilieus, Stammwähler an sich zu binden vermochte. Es ist von Schmollinger und Stöss zu Recht argumentiert worden, daß der Volksparteienbegriff in einer Gesellschaft mit nach wie vor vorhandener objektiver Klassenspaltung stets auch eine ideologische Verschleierung der bestehenden Verhältnisse darstellt. Andererseits kann man kaum verkennen, daß der zunächst von der CDU verwandte Begriff in den letzten Jahren nach dem absoluten Wahlerfolg Adenauers 1957 bis zum Heraufziehen der ersten Krisenerscheinungen Mitte der 60er Jahre in erheblichem Maße dem ideologischen und politischen Zustand der bundesrepublikanischen Gesellschaft entsprochen hat. Erst als die sozialpaternalistische Befriedung der Interessen der lohnabhängig Beschäftigten aus Wachstumsüberschüssen nicht länger möglich war, trat auch im gesellschaftlichen Bewußtsein eine gewisse Repolitisierung und Polarisierung entlang der grundsätzlichen Interessengegensätze wieder auf. Allerdings gelang es der CDU - mit Ausnahme des Wahljahres 1972, in dem besondere Bedingungen gegolten haben - kontinuierlich ihr Elektorat, unter Einschluß eines Anteils von ungefähr 30% der Arbeiterwähler, zu erhalten.⁵

Wer politisch die in der Bundesrepublik am Ende der 70er Jahre sich entwickelnde und nunmehr voll zum Tragen gekommene Situation begreifen will, der muß sich vor Augen halten, daß die »sozialdemokratische Epoche«, die gerade vorüber ging, keineswegs aus einer beständigen Verschiebung der Proportionen im Elektorat zugunsten der SPD resultierte. Mit Ausnahme der besonderen Bundestagswahl 1972 war stets die Union die stärkste Fraktion im Bundestag, und zwar durchschnittlich mit mehr als 3 Prozent, so daß allein die *Koalitionsentscheidung* der Freien Demokraten 1969 zur machtpolitischen Verschiebung geführt hatte. Wer die Union begreifen will, ihre Fähigkeit in der Bundesrepublik politisch

wirksam zu sein, der muß zunächst einmal akzeptieren, daß diese Parteienkoalition über das *größte und stabilste Wählerpotential unter allen Bundesparteien* verfügen kann. Erfolgreicher noch als die SPD verstand es die Union die in den 50er und 60er Jahren aufgetretenen massiven Veränderungen der bundesrepublikanischen Sozialstruktur, die zunächst nicht zu ihren Gunsten zu sprechen schienen, aufzufangen und insbesondere im Bereich der Angestellten und Beamten sowie im Bereich des neuen Mittelstandes die sozialstrukturell bedingten massiven Verluste durch den Rückgang des traditionellen Mittelstandes sowie in der Landwirtschaft Beschäftigten zu kompensieren. Ebenso wie die SPD wurde auch die CDU schon in der zweiten Hälfte der 60er Jahre zu einer Partei der *Angestellten und Beamten*, als der innerparteilich dominanten Gruppierung.⁶ Hinsichtlich des Elektorats besitzt die Union bis 1969 einschließlich einen deutlichen Vorsprung in diesem Bereich und erst seit den Bundestagswahlen 1972 schlägt das Pendel zugunsten der SPD aus. Der oben schon angesprochene Opportunismus, der in einem gewissen instrumentellen Wahlverhalten mündet, scheint insbesondere im Bereich der Angestellten und Beamten angesichts des Anteils des öffentlichen Dienstes in diesen Gruppen eine klar zu belegende Tatsache, von der die jeweilige Regierungsmehrheit nach einer gewissen Zeit zu profitieren in der Lage ist. Es bleibt also festzuhalten, daß die CDU in den 50er und 60er Jahren keineswegs als eine auch klassenpolitisch eindeutig konservative Partei zu charakterisieren ist, sondern daß es ihr erfolgreich gelang, mit ideologischen Konzepten und einer in begrenztem Maße die materiellen Interessen der lohnabhängig Beschäftigten tatsächlich befriedigenden Wirtschafts- und Sozialpolitik einen klassenübergreifenden Integrationskurs durchzuhalten. Dieser Kurs blieb an die günstigen weltwirtschaftlichen und internen Wachstumsbedingungen des Kapitals gebunden.⁷ Interessenpolitisch bestand er in einem Ausgleich und einer Machtbalance zwischen den arbeitnehmerorientierten und den kapitalorientierten Fraktionen und Vereinigungen innerhalb der CDU. Unter Bedingungen der sich verstetigenden Krise der Kapitalakkumulation, wie sie mit der kurzen Konjunkturunterbrechung 1968 bis 1973 nunmehr die länger- und mittelfristige Entwicklung der gesellschaftlichen Reproduktion der Bundesrepublik seit Mitte der 60er Jahre kennzeichnet, war für die Union eine strategische Neuorientierung unabdingbar. Diese wurde erleichtert durch die Tatsache, daß einerseits die CDU nach dem Verlust des Regierungsapparates 1969, der sie vielleicht nicht überraschend, wohl aber organisatorisch unvorbereitet traf, sowieso gezwungen war, eine grundlegende organisatorische und strategische Neuorientierung vorzunehmen. Hinzu kommt, daß mit dem politisch-strategisch auf Konfrontation angelegten Kurs der organisationspolitisch und machtpolitisch unabhängigen CSU in der Union die Durchsetzungsbedingungen für eine den Bedingungen der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus und der Oppositionsrolle angepaßte Strategie günstig standen. Es hat in den politikwissenschaftlichen und politischen Analysen der 60er und 70er Jahre zumeist eine viel zu geringe Rolle gespielt, die *eigenständige, unterschiedliche* und für die Gesamtentwicklung der Unionspolitik *bedeutsame Rolle der CSU* empirisch und analytisch angemessen einzuschätzen. Die CSU ist kein landmannschaftlich durch einige Besonderheiten geprägter Landesverband der CDU; sie ist es nie gewesen. Sie ist im Gegenteil eine von der CDU in organisationssoziologischer, interessenpolitischer und ideologischer Hinsicht klar unterscheidbare Partei, deren Verbindung mit der CDU auf Bundesebene viel weniger dem Gedanken einer »Union« als vielmehr dem einer *Koalition* entspricht. Spezialistische und weitgehend unbeachtete Analysen haben bereits für die 50er Jahre (Lederer, 1967) nachgewiesen, was die umfassendere Arbeit von Müchler (1976) dann Mitte der 70er Jahre angesichts der Kreu-

ther Ereignisse einer nunmehr nicht mehr überraschten Öffentlichkeit dokumentierte: Seit den ersten Beschlüssen über die grundsätzliche Struktur der zukünftigen Bundesrepublik⁸ über die lange Periode der CDU geführten Regierung bis hinein in die strategische Umorientierung der Union in der Opposition in den 70er Jahren war die CSU nicht nur als eigenständiger Faktor wirksam, sondern ihr konnte es auch immer wieder gelingen, den Hypothesen abstrakter und mathematischer Koalitionstheorien (Collester, 1969), nach denen in Koalitionen der kleinere Partner unter bestimmten Bedingungen seine Position gegenüber dem größeren Partner zu optimieren in den Lage ist, empirische Bestätigung zu bringen. Was allzu meist in der Publizistik der auch bei den Linken häufig mystifizierten Figur eines Franz-Josef Strauss als persönliches Verdienst angelastet wurde (Greven, 1980 c), läßt sich angesichts einer Fülle von Einzelentscheidungen klar als der strategische Vorteil des kleineren Koalitionspartners in einer Situation, in der für den größeren keine akzeptable Alternative besteht, nachweisen. Dieses Phänomen hat in den 70er Jahren im Hinblick auf das Verhältnis von FDP und SPD bei der Analyse der sozialliberalen Koalition große Beachtung gefunden; umso überraschender ist es, daß ähnliche Voraussetzungen in der Union kaum jemals das Interesse der Politikwissenschaft gefunden haben.

Angesichts dieses koalitionsähnlichen Verhältnisses von CDU und CSU und der deutlich unterschiedenen strategischen und ideologischen Konzeption der *eher konservativen als christdemokratischen CSU*, stand für die strategische Umorientierung in den 70er Jahren für die Gesamtunion eine politische Alternative zur Verfügung. Allerdings erfolgte ihre Durchsetzung in der Gesamtunion keinesfalls bruchlos. Zunächst schien es nämlich so, als sollte nach der im zweiten Anlauf erfolgreichen Ablösung des alten CDU-Machtzentrums in der Bundestagsfraktion durch den Sieg von Helmut Kohl über Rainer Barzel in der Wahl zum Parteivorsitzenden der eher an den Sozialausschüssen und dem arbeitnehmerorientierten Flügel orientierte Kurs die Oberhand in der Gesamtunion bekommen. Die Wahl von Helmut Kohl zum Parteivorsitzenden stellt im übrigen ein Novum in der Geschichte der CDU insofern dar, als sie die *Umorientierung der traditionellen Machtzentrale von Regierung und Fraktionsspitze hin zum Parteiapparat* endgültig vollzog. Im Zusammenhang mit den organisations- und mitgliedersozilogischen Entwicklungen der CDU nach 1969 ist in der Literatur von einer »nachgeholten Parteibildung« (Scheer, 1977) gesprochen worden. Das macht insofern einen Sinn, als es der CDU in wenigen Jahren gelang, ihren im Vergleich zur SPD sehr geringen Mitgliederstand in einer in der Geschichte der Parteien beispiellosen Aufholjagd mit dem Ergebnis zu verdreifachen, daß Ende der 70er Jahre CDU und CSU zusammen über ähnlich viel Mitglieder wie die SPD verfügten.⁹ Diese rapide Mitgliederentwicklung war das Ergebnis eines mit allen Methoden des modernen Managements und der Werbung betriebenen Mobilisierungsprozesses, in dem vor allem Kurt Biedenkopf als Generalsekretär eine herausragende Rolle gespielt hat. Diese Mobilisierung blieb nicht auf die Mitgliederwerbung beschränkt, sondern umfaßte zwei weitere Bereiche. In wenigen Jahren baute die Bundes-CDU auf Bundes- und Länderebene einen außerordentlich schlagkräftigen und nach modernsten Managementmethoden sowie EDV-gestützt funktionierenden Organisationsapparat auf, dessen hauptamtlicher Funktionsärsstamm der Zahl nach schon Mitte der 70er Jahre den der traditionellen »Funktions- und Mitgliederpartei« der SPD übertraf. Sie holte damit nur nach, was von der CSU, von der Öffentlichkeit wenig beachtet, bereits seit dem Anfang der 60er Jahre erfolgreicher als in allen anderen Parteien betrieben worden war. A. Mintzel stellt dazu fest: »Die Reorganisation der CSU seit 1955 war gekennzeichnet durch Bürokratisierung, Rationalisierung, Technisie-

rung und Zentralisierung der Parteiorganisation. Die Verapperung der Partei stellte ein wesentliches Moment des Strukturwandels von einer Honoratioren- zu einer Massen- und Apparatpartei nicht nur im Sinne einer großen Wählergefolgschaftspartei, sondern auch im Sinne einer relativ straff organisierten Mitgliederpartei dar.« (1975, S. 506) Bei der CSU hatte schon Ende der 60er Jahre die relative Zahl der hauptamtlichen Parteifunktionäre im Verhältnis zur Mitgliedschaft die der traditionell zentralistisch organisierten SPD übertrafen. Man kann mit einem gewissen Recht sagen, daß die CSU im bundesrepublikanischen Parteiensystem seit dem Ende der 60er Jahre zwar die Partei mit dem *konservativsten Programm, aber mit dem modernsten Management und der effektivsten Mobilisierungsstrategie* darstellt. Sie war auf den Verlust des Regierungsapparates auf Bundesebene strukturell wesentlich geschlossener und effektiver zu reagieren in der Lage als die große, heterogene und schlecht organisierte CDU - ein Sachverhalt, der auf die innere Ausgestaltung des Bündnisses zwischen diesen 'Schwesterparteien' im Verlaufe der 70er Jahre nicht unerhebliche Auswirkungen haben sollte.

Der zweite Gesichtspunkt der Veränderung der CDU in den 70er Jahren, nach der Übernahme der Parteiführung durch Helmut Kohl und seiner Mannschaft, liegt auf ideologisch-konzeptionellem Gebiet.¹⁰ Und insbesondere hier verlief die Entwicklung nicht bruchlos. In den Jahren '73 bis '75 wurde in einem außerordentlich weitreichenden inhaltlichen Mobilisierungsprozeß und einer intensiven Diskussion innerhalb der CDU in den verschiedensten Ebenen ein neues gesellschaftspolitisch-strategisches Programm der CDU zu entwickeln versucht, dessen erstes Ergebnis die sogenannte »Mannheimer Erklärung« 1975 war. Der Inhalt dieser »Mannheimer Erklärung« ist unter dem Titel »Neue soziale Frage« und in Verbindung mit dem Aufstieg von Heiner Geißler bekannt geworden. Die Proklamierung der »Neuen sozialen Frage« stellte in politikstrategischer Hinsicht ein ambivalentes Handlungsprogramm dar (Greven, 1982). Einerseits enthielt die »Neue soziale Frage« eine in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellos publikumswirksame Anklage gegen die ungerechten Verteilungswirkungen der bestehenden Sozial- und Wirtschaftsordnung. Die Frage der Armut und die in die Millionen gehende Zahl der Betroffenen wurden durch dieses Programm in das Bewußtsein der Öffentlichkeit und in das rhetorische Repertoire der Politiker eingerückt. Andererseits enthielt die »Neue soziale Frage« in politikstrategischer Hinsicht eine insbesondere gegen die Gewerkschaften, aber natürlich auch die regierende Sozialdemokratie gerichtete Stoßrichtung. Während der politikstrategische Teil mit seinem antigewerkschaftlichen und anti-SPD gerichteten Kurs alle Flügel der Union zu integrieren in der Lage war und insbesondere von der CSU und dem Wirtschaftsflügel der CDU als willkommenes Polarisierungsprogramm begrüßt wurde, war die Darstellung der »Massenarmut« und der sozialen Probleme in der bundesrepublikanischen Gesellschaft von allem Anfang umstritten. Kurt Biedenkopf, der noch in den Jahren '73 bis '75 maßgeblich an der Ausarbeitung der Konzeption beteiligt war, machte als einer der ersten auf die möglichen politischen Folgen dieser Strategie aufmerksam: Wer aus der Opposition heraus den Finger auf die Wunde sozialpolitischer Ungerechtigkeit und Massenarmut legte, der mochte zu einem späteren Zeitpunkt in der Regierung sich mit »selbstproduzierten« Ansprüchen konfrontiert sehen, denen er weder entsprechen konnte, noch vielleicht auch wollte.¹¹ Die Entwicklung der programmatischen Diskussion in der Union hat denn auch gezeigt, daß das ursprüngliche Programm der »Neuen sozialen Frage« aufgespalten wurde: Während der antigewerkschaftliche und anti-SPD-Kurs mit Schlagworten wie »gegen Sozialismus, Verstaatlichung, Verbürokratisierung und Zentralismus« ideologisch im Wahl-

kampf 1976 voll durchgezogen wurde, verschwanden demgegenüber die Bestandsaufnahmen sozialer Probleme und der Armut in der bundesrepublikanischen Gesellschaft in der Versenkung. Diese Umorientierung des ursprünglich noch mehr dem Arbeitnehmerflügel der CDU geschuldeten Kurses, bei dessen Durchsetzung auf dem Parteitag 1975 in Mannheim die Junge Union und die Frauenvereinigung der CDU eine nicht unerhebliche Rolle gespielt hatten, war möglich aufgrund des sich unionsintern nunmehr verfestigenden *Bündnisses zwischen der auf klarem Konfrontationskurs liegenden CSU einerseits* sowie den konservativen Wirtschaftsinteressen in der CDU, wie sie sich in der *Mittelstandsvereinigung und dem Wirtschaftsrat* auch organisatorisch darstellten, andererseits. Hier zeigte sich nun mit aller Deutlichkeit das angesprochene »koalitionspolitische Dilemma« der CDU, die zwar als die größte Partei in dieser »Partnerschaft« über erhebliches Gewicht verfügte, die aber aufgrund ihres intern heterogenen Charakters stets damit rechnen mußte, daß sie gegenüber der von der CSU vertretenen Position nicht geschlossen auftreten konnte. Diese Situation bedeutete, daß sich eine Minderheit in der CDU durch ihr Bündnis mit der CSU zu einer Mehrheit in der Union verwandeln konnte. Sowie dies mehrfach und an historisch bedeutsamen Stellen in der Geschichte der Bundesrepublik bereits vorher geschehen war, wurde es besonders sichtbar in der nach 1976 herbeigeführten Kanzlerkandidatur des Vorsitzenden des kleineren Koalitionspartners. Spätestens seit 1977, seit der endgültigen Verabschiedung des CDU-Grundsatzprogramms, in das die »Neue soziale Frage« in der beschriebenen verkürzten Weise Eingang gefunden hat, ist der Gesamtkurs der Union durch diese konservative Strategie geprägt. Auch führende Politiker des Arbeitnehmerflügels in der CDU, wie Norbert Blüm und besonders der Parteivorsitzende und nach 1980 unbestritten wieder führende Mann in der Union, Helmut Kohl, sind vollständig auf diesen Kurs eingeschwenkt. Innenpolitisch bedeutet dieser Kurs, daß ein massiver Abbau von am Beginn der 70er Jahre durch die sozialliberale Koalition eingeführten Einzelmaßnahmen im Bereich des sozialen Sicherungssystems, aber auch im Bereich der Bildungs- und Rechtspolitik zugunsten einer mehr an den sogenannten »investiven« Ausgaben des Staatshaushaltes orientierten Politik vorgenommen werden soll oder seit Oktober 1982 bereits vorgenommen worden ist. Die legitimatorische Begründung für diese Kürzungen im Sozialbereich folgt dem »klassischen« Muster konservativer Sozialpolitik (Greven, 1980b) aus den 50er und 60er Jahren, nach dem Sozialleistungen der Primärverteilung von Werten und Einkommen am Markt nachgeordnet bleiben sollen. Das heißt in der Konsequenz, daß gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krise, in denen die materielle Reproduktion und Sicherung des einmal erreichten Lebensstandards für immer größere Kreise der lohnabhängig Beschäftigten zum Problem werden, mögliche kompensatorische Transfereinkommen abgebaut werden, um die somit freiwerdenden Mittel auf dem Wege über direkte oder indirekte Subventionen der Verbesserung der Investitionsbedingungen des Kapitals zur Verfügung zu stellen. Die angebotsorientierte Konjunktur- und Wirtschaftspolitik und das sich daraus ergebende sozialpolitische Programm setzt mittelfristig auf die Wiedergewinnung von Wachstumsraten, nach denen eine größere Abschöpfung zugunsten sozialpolitischer Transferleistungen wieder möglich sein soll. Diese Politik bedeutet nichts anderes als die *Abwälzung der gesellschaftlichen Kosten der kapitalistischen Akkumulationskrise auf die lohnabhängig Beschäftigten* und insbesondere auf jene, die aufgrund der Situation am Arbeitsmarkt zu größeren Teilen oder ganz auf sozialpolitische Transfereinkommen angewiesen sind. Es muß nachdrücklich betont werden, daß sich das ja in der zweiten Hälfte der 70er Jahre aufgrund einer ähnlichen Politik der sozialliberalen Koalition schon aufgetre-

ne Dilemma, daß nämlich die durch politische Intervention verbesserten Investitionsbedingungen des Kapitals zu *Rationalisierungsinvestitionen* vordringlich verwandt werden und damit indirekt die staatliche Wirtschaftsförderungspolitik zur Reduzierung der Nachfrage nach Arbeitskraft am Arbeitsmarkt führt, ein *grundsätzliches Problem staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik unter privatkapitalistischen Marktbedingungen* darstellt und kein genuin der konservativen oder angebotsorientierten Wirtschaftspolitik geschuldetes ist. Allerdings schlägt die analytisch betrachtete rein quantitative Differenz zwischen der massiv vorgehenden konservativen Interventionsstrategie gegenüber der doch durch Loyalitätszwänge gegenüber der Gewerkschaftsbewegung relativ gebremsten sozialliberalen Intervention auf seiten der Betroffenen und ihrer konkreten materiellen Lebens- und Reproduktionsverhältnisse massenweise in eine qualitative Differenz um.

Hier zeigt sich für die Zukunft das Zentralproblem einer konservativen Regierungsstrategie: Die bei der sozialliberalen Koalition insbesondere über eine korporatistische Einbindung und Loyalitätsausbeutung der Gewerkschaften funktionierende Integration der Arbeitnehmer muß bei den Konservativen durch andere Strategien der Loyalitätserhaltung ersetzt werden. Die Linke hat in der Vergangenheit in ihren Analysen immer wieder auf diese Problemstelle von Regierungshandeln voller Erwartung geblickt, weil sie sich gerade hier eine Mobilisierungschance bei den von den Kürzungsmaßnahmen Betroffenen erwartet hat.¹² Diese Hoffnung ist allerdings historisch in großem Rahmen und in der Geschichte der Bundesrepublik an verschiedenen Punkten immer wieder nachhaltig enttäuscht worden, so daß Fragestellung und Erkenntnisinteresse in diesen Analysen eigentlich umgekehrt werden müßten. Wie Georg Vobruba in seiner glänzenden Analyse des Keynesianismus (1979, S. 503) bereits einmal festgestellt hat, bleiben für die soziale Stabilität der Bundesrepublik auch über Jahre hohe Arbeitslosenziffern ohne negativen Effekt. Die Erklärung, die Vobruba damals angeboten hat, scheint mir von relativ allgemeiner Gültigkeit und überschreitet in ihrer Berechtigung den sozialdemokratisch-keynesianischen Rahmen: Die Verbreitung eines »instrumentellen Gesellschaftsbildes«, einer in das verbreitete gesellschaftliche Bewußtsein eingesickerten Vulgärökonomie, läßt offenkundig bei vielen einzelnen die Erwartung seiner eigenen besseren Reproduktionschancen in Zukunft mit der Wiederankurbelung der kapitalistischen Akkumulationsbedingungen ganz allgemein verknüpft erscheinen. Vulgärökonomische Vorstellungen, heutzutage im Wahlkampf von Politikern aller Parteien verbreitet, nach denen der »Schornstein rauchen« muß, nach denen »nur verteilt werden kann, was zuvor erwirtschaftet« wurde, nach denen zuvor »alle Gesellschaftsmitglieder sich einschränken müssen, damit das Kapital für zukünftige Investitionen wieder zur Verfügung steht«, aus dessen Verwertung schließlich alle angeblich profitieren sollen, treffen auf ein breites unkritisches Verständnis in Medien und gesellschaftlichem Bewußtsein.

Hier liegt auch das Einfallstor für eine populistische Mobilisierungsstrategie, durch die Krisenursachen und individuelle Einschränkungen gesellschaftlich und auf der Ebene des Einzelsubjekts auf äußere Ursachen projiziert werden. Waren es früher die Ölscheichs oder die amerikanischen Zinsbedingungen, die Japaner, die sich ungehemmt auf unseren Märkten ausbreiten durften, so verknüpft sich in den letzten Jahren aufgrund massiver politischer Propaganda der Konservativen diese Projektion zunehmend mit dem in der bundesrepublikanischen Gesellschaft sowieso als Bodensatz¹³ vorhandenen ausländerfeindlichen Ressentiment. Auch die von der CDU/CSU massiv propagierte Familienstrategie (K. Stötzner, 1983) soll, neben anderem, der Entlastung des Arbeitsmarktes durch die Diskriminierung

der gesellschaftspolitischen und ökonomischen Ansprüche der Frauen dienen. Sie werden auf ihre »natürliche Rolle« der Ehefrau, Hausfrau und Mutter, also der unbeschäftigten Familienangehörigen ohne eigenständige Ansprüche nach Lohn und sozialer Sicherung zurück verwiesen. Die ideologischen und ökonomischen Komponenten dieser konservativen Strategie kulminieren seit langem in der Bildungspolitik. Hier gelingt es den Konservativen besonders eindrucksvoll, ein seit langem verbreitetes Unbehagen an der etatistischen Reform des Bildungswesens und insbesondere des Schulsystems in eine ideologische Verklärung früherer Konkurrenz- und Leistungsverhältnisse zu transformieren. Das Ziel ist eindeutig: der nie ganz abgebaute aber doch in den letzten 15 Jahren entschärfte sozial-selektive Charakter des Bildungssystems soll reetabliert werden, um der aus Bildung und Emanzipationsorientierung massenweise erwachsenen »Anspruchsrevolution« entgegen zu wirken. Die Streichung des Schüler-Bafög, die Umstellung der Förderung für Studenten auf Vollqualifikationsbasis, aber auch die in einigen CDU/CSU-Bundesländern seit einigen Jahren massiv vorangetriebene inhaltliche Reaktivierung traditioneller Bildungsvorstellungen wirken hier zusammen.

Spielen Parteien überhaupt eine Rolle?

Die Frage gilt für Wissenschaft wie Politik gleichermaßen. In der Wissenschaft ist sie in jüngster Zeit verschiedentlich gestellt und unterschiedlich beantwortet worden. Die Analysen linker Provenienz neigten seit dem furiosen Auftakt der Debatte durch J. Agnoli (1968) eher zur Verneinung der Frage, in dem sie auf einen sehr weitreichenden Grundkonsens innerhalb des bestehenden Parteiensystems verwiesen, durch den die 'eentlichen' politischen Fragen überhaupt nicht mehr zur Disposition stünden. Noch W.D. Narr (1977, S. 19) schreibt zehn Jahre später: »Die von den Parteien gemeinsam - unbeschadet der unterschiedlich ausgeschmückten Schaufensterauslagen - vertretenen Positionen weisen auf einen Bereich nicht mehr in Frage gestellter, strukturgewordener Entscheidungen hin, der gleichsam die Grenze der Politik der Parteien insgesamt markiert ... Die bestehende Eigentums- und Vermögensverteilung wird nicht angetastet.« Wenn auch etwas genauer formuliert (nämlich nicht auf der Verteilungs-, sondern auf der Produktionsebene angesiedelt), meinte die in den 70er Jahren ubiquitär gewordene Rede von der »Systemgrenze«, an der staatliche Politik ihre Handlungsschranke finde, nichts anderes (Blanke/Jürgens/Kastendiek, 1975). Diesen vor allem politökonomisch fundierten und häufig marxistisch argumentierenden Ansätzen standen eher disziplinär-politikwissenschaftliche Einschätzungen gegenüber, in denen vermittels empirischer Aggregatdatenanalyse (M. Schmidt, 1978, 1980) oder vergleichender Argumentation (K. von Beyme, 1981) auf den Unterschied verwiesen wurde, den die Regierung einer oder der anderen Partei ausmacht. Und natürlich gibt es diesen Unterschied, und die Frage ist allein, auf welcher Ebene das Erkenntnisinteresse angesiedelt ist. Keine der politischen Parteien in einem westeuropäischen Parteiensystem überschreitet die oben angesprochene »Systemgrenze« in Richtung auf einen fundamentalen Wandel der Gesellschaftsstruktur. Es muß nachdrücklich daran erinnert werden, daß dies auch für die kommunistischen Parteien (dort wo sie relevant sind) in westeuropäischen Parteiensystemen gilt. Die von ihnen mehr oder weniger propagierten Verstaatlichungsaktionen in einzelnen Wirtschaftsbereichen bleiben programmatisch stets kompensatorisch auf die nicht in Frage gestellte marktwirtschaftliche und privatkapitalistische Struktur bezogen; das Verstaatlichungsprogramm der Christdemokraten in Italien geht in seiner Pra-

xis der letzten dreißig Jahre z.B. weiter, als die programmatischen Forderungen der spanischen oder französischen KP in den letzten Jahren. Eine theoretisch interessierte Parteiensoziologie hat demzufolge in den vergangenen Jahren auch begonnen, mehr nach der Funktion des Parteiensystems zu fragen und weniger die Rolle der Einzelparteien zu gewichten. Transmission, Selektion und Legitimierung sind in unterschiedlicher Terminologie dabei als die Grundfunktionen des Parteiensystems bestimmt worden (Greven, 1977). Wichtig dabei ist die erkenntnisleitende Perspektivveränderung von dem seit Michels vorherrschenden demokratietheoretisch-normativen Verständnis der Parteien als Transmissionsagenturen *von unten nach oben*, also einer bloß idealistisch begründeten Norm, an der gemessen die Analyse der wirklichen Verhältnisse stets wieder neu zu Enttäuschungen führen mußte. Demgegenüber ist in unterschiedlicher Begrifflichkeit die Funktion der Parteien als »ideologische Staatsapparate« (Poulantzas, 1978, unter Hinweis auf Althusser, 1973), als Teil eines weitgefaßten Staatsbegriffes, oder: »politisch-administrativen Systems« (Offe, 1972), sowie ihre Mitwirkung bei der Konstitution, Durchsetzung und Implementation staatlicher Politik ins Zentrum der Analysen gerückt. Die Transmission findet also nicht nur als politische Willensbildung der Bevölkerung von unten nach oben statt, das tut sie eigentlich, wie vielfältige empirische Analysen immer wieder bestätigt haben am allerwenigsten, sondern die Transmission politischer Entscheidungen von oben nach unten, aus dem staatlichen Machtzentrum hinein in verschiedene gesellschaftliche Funktionsbereiche, ist eine der zentralen Funktionen der Parteien.

Hier stellt sich nun die erste Frage für eine zukünftige, hoffentlich intensivere Beschäftigung mit den konservativen Kräften an der Regierung: nachdem jahrelang über die Besonderheiten einer sozialdemokratischen Regierungspolitik unter kapitalistischen Bedingungen, ihre Möglichkeiten und Grenzen diskutiert und rasoniert worden ist, stellt sich höchst aktuell und wahrscheinlich für die 80er Jahre die Frage, was CDU und CSU dazu befähigen, die ja für die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse offenkundig notwendigen politischen Leistungen im Sinne von Entscheidungsfindung, Entscheidungsdurchsetzung und Erhaltung der Legitimation für diesen Prozeß zu erbringen.

Ein noch größeres Problem stellt für eine historisch-materialistisch orientierte Analyse traditionellerweise die zweite Frage dar: nachdem es von den Zahlen ablesbar unbestritten ist, daß die Union auf Bundesebene erfolgreicher als alle ihre Konkurrenten in der Lage ist, langfristig Wähler aus allen sozialen Schichten und Gruppierungen an sich zu binden, bedarf es endlich einer über die übliche demoskopische Wahlausforschung hinausgehenden Untersuchung jener sozialpsychologischen, ideologischen und politischen Prozesse, die dazu führen, daß solche Unterstützung und Bindung aufgebaut und erhalten werden kann. Dies gilt in besonderem Maße für jene Gruppen, wo das erkennbare materielle Interesse offenkundig durch konservativ akzentuierte Politik nicht befriedigt wird. Hier hat die kritische Sozialwissenschaft eigentlich nicht mehr anzubieten, als sozialwissenschaftlich völlig unbefriedigende »Theoreme« über manipulative Prozesse der Desinformation. Eine ernstzunehmende Erklärung darüber, warum es zu der für die Bundesrepublik so charakteristischen Aufspaltung der politischen Kultur kommt, durch die zwar in demoskopischen Umfragen etwa die Hälfte des Elektorats in massiver Weise verschiedene Aspekte und auch insgesamt das herrschende Parteiensystem und die von ihm verfolgte Politik kritisieren, dann aber doch in den Wahlen auf Landtags- und Bundestagebene eine 90%ige Bestätigung und Akklamation eben dieser Politik und der sie vertretenden Parteien zustande kommt, ist bisher nicht gegeben worden. Politökonomische Ansätze helfen hier offenkundig sehr wenig

weiter; sie haben ja auch schon in den 30er Jahren ihre begrenzte Reichweite bewiesen, als es darum ging, die massenweise Unterstützung der NSDAP und der unter Hitler betriebenen Politik in allen sozialen Schichten und Gruppierungen der Bevölkerung zu erklären. Nur wenige Ansätze (W. Reich, 1933, E. Fromm, 1979, vor allem aber das Institut für Sozialforschung, 1936, neuerdings P. Brückner, 1982) haben Erklärungsansätze vorgelegt, die aber in ihrer Zeitgebundenheit und ihrem spezifischen Bezug auf die Unterstützung faschistischer Massenbewegungen nicht auf das heute zu erklärende Problem übertragbar sind. Solange wir auf diesem Wege mit Methoden kritischer Sozialwissenschaft und in ernsthafter Diskussion nicht weiterkommen, werden wir wohl weiterhin unsere politischen Ängste und Abneigungen gegen konservative Herrschaft in eine Mystifikation der Potentiale und Ursachen derselben umsetzen. Solange die aktuellen Gründe in weiten Bereichen der Bevölkerung nicht ernstgenommen werden, die zu einer Unterstützung konservativer Politik führen, solange wäre eine auf politischer Aufklärung basierende Strategie des Wandels des gesellschaftlichen Bewußtseins kaum aussichtsreich und die politische Entwicklung in der Bundesrepublik bliebe auch fürderhin dem zwar nicht zufälligen, letztlich aber doch oberflächlichen Wandel der Politik zwischen den beiden dominierenden Massenintegrationsparteien ausgeliefert, der durch 2 oder 3%ige Verschiebungen im Elektorat oder aber durch einen politischen Strategiewechsel der FDP zustande käme. Dieses zufällige Wechselspiel mag zwar den Kriterien formaler Demokratietheorie, nach der es vor allem auf die Möglichkeit des Wechsels ankommt (Schumpeter, 1950, Downs, 1968) genügen, nicht aber einer auch an der inhaltlichen Vernunft sowie an der Realisierung historisch-gesellschaftlich erworbener Ansprüche nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (natürlich auch unter Schwestern) interessiert historischen Perspektive.

Anmerkungen

- 1 Hier ist G. Meyer (1977, S. 184) zuzustimmen, der im wahlsoziologischen Kontext argumentierend feststellt, daß »es von keinem politischen Standpunkt gleichgültig (ist), welche Partei bzw. Koalition in der BRD regiert ... Es hieße ganz unmittelbare Interessen von Betroffenen (zu) vernachlässigen, wenn man etwa Unterschiede zwischen Christdemokraten und Sozialliberalen in der Sozial- und Bildungspolitik, aber auch z.B. in der Außenpolitik (Verhältnis zur DDR/Osteuropa) für unwichtig erklärt.«
Wem die eigene Erfahrung nicht genügt (oder mangels Alter nicht zur Verfügung steht), der sei auf die empirischen Belege bei M.G. Schmidt (1980), zumindest auf Bundesländerebene verwiesen. Zu einer voreiligen Apologie der SPD können diese Ergebnisse, ebenso, wie die über die sozialliberale Koalition (1978), allerdings nicht herangezogen werden.
- 2 Ich greife in diesem Aufsatz auf zwei bereits erschienene Artikel zurück, die aber in anderer Richtung argumentieren: M.Th. Greven, 1980a, 1983.
Immer noch beispielhaft - aber leider ohne aktuelle Nachfolger geblieben - die brillanten Analysen von CDU-Texten durch O. Negt (1977).
- 3 A. Mintzel, 1975, 1977; außerdem P. Gutjahr-Löser (1979), J. Kaestner (1979), H. Riehl-Heyses (1979) und S. Schmidt (1974). Als Charakterstudie zu Franz Josef Strauß unübertroffen - und stets noch aktuell - E. Kuby u.a. (1963).
- 4 Nach R. Stöss (1980, S. 178-179) »... lag die historische Bedeutung der Union nach 1945 nun darin, daß sie (1.) die ideologischen Grundlagen für eine interkonfessionelle und antimarxistische Sammlung legte, die die widerstreitenden Interessen von Mittelstand und Kapital integrierte und auch großen Teilen der antimarxistischen katholischen Arbeiterbewegung bis in die sechziger

Jahre hinein weitgehend Raum zur Vertretung ihrer Interessen bot; (2.) die sozialen und organisatorischen Grundlagen für eine Sammlung legte, die den sich schutzbedürftig wählenden Mittelschichten wenn schon keine autoritäre *Volksgemeinschaft*, so doch eine *Volkspartei* in einer parlamentarisch-demokratischen politischen Ordnung mit starkem Staat und reduzierter Repräsentationsfunktion der Parlamente bot.«

- 5 Allerdings kommt es sehr auf die Interpretation an, ob man ca. 30% Arbeiterwähler oder ca. 15% Arbeitermitglieder der Unionsparteien für viel oder wenig hält.
Aus Tabelle (1) geht klar die relative Konstanz bei den Wählern im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt und der deutliche relative Gewinn der CDU gegenüber dem SPD-Anteil hervor; auch bei den Mitgliedern profitiert die CDU relativ zur SPD von der Sozialstrukturverschiebung in der Geschichte der BRD.
H. Schmollinger/R. Stöss (1980, S. 244) finden es »überraschend ... daß Facharbeiter sich nahezu gleich stark für die SPD und die CDU/CSU entschieden«, was nach Tabelle (2) zumindest bei der Bundestagswahl 1976 gar nicht der Fall war (mehr als 10% Differenz!). Demgegenüber halten P. Gluchowski/H.-J. Veen (1979) »Nivellierungstendenzen« für selbstverständlich (und wohl auch wünschenswert), die ja, wie schon gesagt, doch wieder nicht ganz so arg sind.
Alle Zahlen sprechen doch mehr für das, was Feist/Güllner/Liepelt (1977, S. 269) festhalten: »Trotz aller Veränderungen aber ist es keiner der beiden Parteien gelungen in das traditionelle Rekrutierungsreservoir der anderen Seite einzudringen. Weder vermochte es die SPD, das Quasi-Monopol der CDU/CSU im katholischen Lager zu durchbrechen und dort Fuß zu fassen (1972 blieb also Ausnahme, zeigt aber, was bei einer *offensiven* Strategie der SPD unter dem Konzept 'Demokratischer Sozialismus' möglich ist, M.G.), noch hat die CDU/CSU ihren Anteil an Mitgliedern aus dem gewerkschaftlich gebundenen Teil der Arbeiterschaft während der letzten 15 Jahre nennenswert vergrößern können.«
- 6 Die Daten über Parteimitglieder gehören traditionell zu den unzuverlässigsten und rarsten, die in der empirischen Sozialforschung zur Verfügung stehen. Doch auch mit Vorsicht interpretiert zeigen verschiedene Quellen übereinstimmende Tendenzen, die die Eroberung *aller* Parteien durch Beamte und Angestellte, und hier wiederum solche des öffentlichen Dienstes in besonderem Maße, dokumentieren; es ist naheliegend, diese mitgliedersoziologischen Beobachtungen im Zusammenhang mit funktionalistischen Aussagen über die Etatisierung der Parteien, ihre funktionale Integration in staatliche Ordnungs- und Strukturproduktion zu interpretieren.
Siehe zur Berufsstruktur die Tabellen (3) und (4) im Anhang. Bei K.G. Troitzsch, 1980, S. 95, finden sich praktisch dieselben Daten wie in Tabelle (3).
Übrigens ist der Arbeiteranteil an den Mitgliedern bei der CSU noch etwas höher als bei der CDU. (H. Schmollinger/R. Stöss, 1980, S. 37)
- 7 G. Schäfer (1969), S. 426 f) hat schon früh auf jene Kritiker der CDU *von rechts* verwiesen, die wie W. Weber warnten »vor dem Tag, an dem die Sonne der Konjunktur untergeht. Nur solange sie den Streit der Gruppen mildert, kann ihm das pluralistische Machtgleichgewicht die ungesicherte Ordnung bewahren: 'Der paritätische Pluralismus ... funktioniert ... nur temporär. Er funktioniert nämlich nur, solange die wirtschaftliche Prosperität anhält und das Sozialprodukt weiter ansteigt.' ... Weil aber kein 'verantwortlich Denkender' die Dauer der genannten Voraussetzungen unterstellen und die Hände in den Schoß legen darf, muß eine Reform der Demokratie die mit 'außerordentlicher Intensität' vollzogene 'Demontage des Staatlichen im Staate' revidieren, die 'Stärkung des Staates im Staat' institutionell und im Bewußtsein der Staatsbürger vorantreiben.« (Alle Zitate im Zitat von W. Weber)
- 8 Die eigenständige Position der CSU, von ihr selbst immer wieder als konservatives Korrektiv gegen den Einfluß christlich-sozialistischer Ideen aus der katholischen Arbeiterbewegung verstanden, setzt schon unmittelbar nach 1945 ein, als das erste CSU-Grundsatzprogramm (Anfang 1946) sich deutlich gegen CDU-Programme aus Hessen, Baden, Berlin, Köln, Würzburg, Rheinland-Westfalen und Godesberg absetzt, in denen noch ein »grundsätzlicher Umbau der Wirtschaftsordnung verlangt« wurde, wie A. Gurland (1980, S. 126 f) schreibt, und weiter: »Aus der

klein- und mittelbetrieblichen Struktur großer Teile der bayerischen Wirtschaft erklärt sich am ehesten eine gefühlbetonte Abneigung gegen alles, was an Sozialisierung oder Planwirtschaft gemahnte.« A. Mintzel (1975, S. 252) verweist auf weitere Gründe: »Die Unabhängigkeit der CSU von den anderen Unionsparteien in jeder Hinsicht herauszustellen und möglichst effektiv zu demonstrieren, war im innerbayerischen 'Bruderkampf' zwischen CSU und BP (Bayernpartei, M.G.) zur raison d'être geworden ... Die Sonderentwicklung der CSU zu einer autonomen bayerischen Landespartei mit besonderem Bundescharakter in Anlehnung an das historische Muster der BVP (Bayerische Volkspartei, M.G.) war schon seit 1946 vorgezeichnet.« Bei A. Mintzel wird besonders deutlich, daß die Gefahr der Gründung einer eigenständigen 'Bauernpartei' die CSU-Führung, zumindest unter J. Müller durchaus 'reichsfreudlich gesinnt, zu diesem Kurs zwang. Daneben spielten der Föderalismus, und damit die Erhaltung der 'bayerischen Eigenstaatlichkeit' eine zentrale Rolle.

9 Siehe Tabelle (5).

10 Die CDU war 28 Jahre ohne Grundsatzprogramm ausgekommen. »Daß die CDU aber erst 28 Jahre nach ihrer Konstituierung als Bundespartei auf ihrem 26. Bundesparteitag ein Grundsatzprogramm verabschiedete, bedarf der Erklärung. Bevor sich die CDU im Jahre 1950 auf ihrem ersten Bundeskongreß auf Bundesebene etablierte, stand sie bereits über ein Jahr in der Regierungsverantwortung, Personell und politisch war die Partei somit von ihren Anfängen an mit der Regierung eng verbunden, Regierungsfunktion für sie eine gleichsam genuine Aufgabe. Infolgedessen war für die CDU Programmarbeit und programmatische Profilierung kein primäres Problem politischer Selbstbehauptung ... dies erklärt auch die über zwei Jahrzehnte hinweg nie ernsthaft infragegestellte gouvernementale Ausrichtung der Partei - alle CDU-Vorsitzende waren, von Übergangszeiten abgesehen, bis 1969 zugleich Bundeskanzler - die, weil sie über fünf Legislaturperioden hinweg den Regierungschef und die Mehrzahl der Bundesminister stellte, nie existentiell des Nachweises eines programmatischen Profils bedurfte.« U. Sarcinelli, 1980, S. 76 f.

Vielleicht erklärt sich der angesprochene Vorsprung der CSU in dieser Frage und beim Problem des Parteiapparates aus der Tatsache, daß sie in den fünfziger Jahren für kurze Zeit in die Opposition mußte.

11 K. Biedenkopf, in der Diskussion um das neue Grundsatzprogramm der CDU: »Wenn man unter 'Neuer Sozialer Frage' nur einen Ausbau des notwendigen und von niemandem in seiner Bedeutung bestrittenen Systems der allgemeinen sozialen Sicherung verstehen soll, sollte man auf den Begriff besser verzichten.« Zit. nach R. von Weizsäcker, 1977, S. 128.

12 So hat zum Beispiel H. Rattinger (1979) gezeigt, daß Arbeitslosigkeit keineswegs bei den Betroffenen zu einem 'kritischen' oder gar 'linken' Wahlverhalten führt. Es zeigt sich im Gegenteil zu den Prämissen einer Theorie 'rationalen Wählerverhaltens' in der Tradition von A. Downs (1968), »daß strukturelle Schwächen regionaler Arbeitsmärkte die Position derjenigen politischen Kraft verstärken, die traditionell das Vertrauen der Mehrheit der Wähler der betroffenen Region genießt,« (S. 64), »daß erwerbslos gewordene Beschäftigte solcher Wirtschaftszweige, die sich in der betreffenden Region in einer strukturellen Dauerkrise befinden, in besonders hohem Umfang die dort traditionell dominierende Partei unterstützen.« (S. 68) Arbeitslosigkeit begünstigt also »die lokal führende Partei und den Ausbau von Hochburgen.« (S. 69)

Ein Blick auf die Wahlkreisgeographie, wie sie sich in den siebziger Jahren in der BRD herausgebildet hat, zeigt, daß die Union einen deutlichen Vorteil bei den Wahlen von der Arbeitslosigkeit hätte, wenn diese Erklärungen richtig wären; das gilt ausdrücklich auch für eine Union an der Regierung.

13 Unübersehbar, wenn auch nicht für das Gesamtspektrum der Union repräsentativ, ist die offene Flanke zwischen Union und Rechtsradikalismus bzw. alt- und neo-faschistischen Kräften (in der BRD und international), die sich in einer Vielzahl von Kontakten und organisatorischen Verknüpfungen (siehe dazu A. Meyer/K.-K. Rabe, 1980; G. Hofmann, 1980), aber auch immer wieder in einzelnen rechtsradikal-undemokratischen Stereotypen durchaus prominenter Unionspolitiker zeigt.

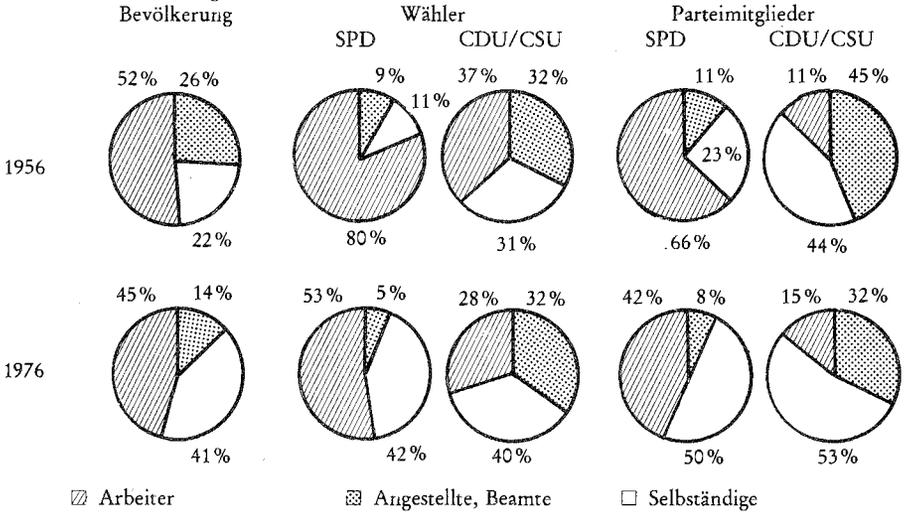
Aus umgekehrter Sicht hatte schon G. Schäfer (1967) früher einmal glänzend auf diese Affinitäten hingewiesen.

Tabellen

Tabelle 1

Klassenparteien oder Volksparteien?

C. Strukturveränderungen 1956 auf 1976



Aus: Feist/Güllner/Liepelt, 1977, S. 259

Tabelle 2

Sozialstruktur der Wähler im Mai 1976 (in Prozent)

	Wähler insgesamt	SPD- Wähler	CDU/CSU- Wähler	FDP- Wähler
Selbständige	13,9	5,2	21,7	15,8
davon:				
große Selbständige / freie Berufe	2,1	0,6	3,3	4,4
kleine / mittlere Selbständige	11,8	4,6	18,4	11,4
Angestellte / Beamte insgesamt	46,0	46,9	46,5	52,3
davon:				
leitende und höhere	10,9	8,5	12,4	17,7
einfache und mittlere	35,1	38,4	34,1	34,6
Arbeiter insgesamt	34,9	43,1	27,2	21,7
davon:				
Facharbeiter	22,6	27,9	17,3	14,0
un- und angelernte	12,3	15,2	9,9	7,7
Sonstige	5,3	4,8	4,6	10,1

Aus: J. Raschke, 1978, S. 76

Tabelle 3

Berufliche Gliederung der Mitglieder der CDU im Zeitverlauf (in Prozent)

	1955	1956/ 1957	31.Dez. 1964	Oktober 1968	September 1973	1976
Arbeiter	15	10	14,63	13,1	11	11
Angestellte	18	38	19,80	16,9	26	27
Beamte	9		10,94	15,8	13	13
Selbständige	38	39	37,10	32,8	28	26
Rentner	7	5	—	14,2	6	5
Hausfrauen	13	7	—	6,6	8	10
In Ausbildung	—	—	—	0,5	5	6
Sonstige	—	—	17,53	—	—	1
Restgruppe	—	—	—	—	3	2
Insgesamt	100	99	100,00	99,9	100	101

Aus: H. Schmollinger / R. Stöss, 1980, S. 235

Tabelle 4

Die Entwicklung der Mitgliedschaft

Soziostrukturelle Merkmale der CDU-Mitglieder 1971 und 1977 im Vergleich zu SPD-Mitgliedern und Gesamtbevölkerung

	Gesamtbevölkerung		CDU-Mitglieder		SPD-Mitglieder
	1971	1977	1971	1977	1977
	%	%	%	%	%
<i>Beruflicher Status</i>					
Arbeiter	22	17	11	9	23
Angestellte	20	23	22	26	25
Beamte	5	5	16	14	14
Selbständige	5	4	14	14	} 5
Freie Berufe	2	1	4	3	
Landwirte	2	2	10	9	
Auszubildende	5	5	3	3	6
Hausfrauen	24	24	4	8	8
Rentner, Pensionäre	16	18	16	13	19
Arbeitslose	0,3	2	0	1	—
<i>Schulabschluß</i>					
Abitur	9	13	19	28	15
Mittlere Reife o.ä.	16	20	23	26	22
Volksschule mit Lehre	38	41	41	37	49
Volksschule ohne Lehre	35	25	16	9	13
kein/anderer Abschluß	2	1	1	0	1
<i>Alter</i>					
bis 24 Jahre	12	10	5	6	9
25 bis 34 Jahre	21	20	15	16	19
35 bis 44 Jahre	20	22	24	28	} 50
45 bis 59 Jahre	24	24	31	31	
60 und mehr Jahre	24	24	25	19	18
<i>Konfession</i>					
katholisch	44	44	73	65	28
evangelisch	50	49	25	33	53
keine / andere	6	7	2	2	18
KA: 4					
<i>Gewerkschaftsmitglieder</i>	—	19	17	19	50
<i>Geschlecht</i>					
männlich	47	46	87	80	81
weiblich	53	54	13	20	19

Daten zur Gesamtbevölkerung aus Repräsentativumfragen des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin.

Das Zeichen KA bedeutet auch in allen folgenden Tabellen, daß für diesen Anteil der Befragten keine eindeutigen Angaben vorliegen.

Aus: W. Falke, 1982, S. 67

Tabelle 5

Mitgliederstand der Bundestagsparteien 1968 - 1979 (jeweils Jahresende)

	SPD absolut	Veränderung zum Vorjahr %	DCU absolut	Veränderung zum Vorjahr %	CSU absolut	Veränderung zum Vorjahr %
1968	732.446		286.541		73.618	
1969	778.945	6,35	303.532	5,93	76.655	4,13
1970	820.202	5,30	329.239	8,47	93.220*	21,61*
1971	847.456	3,32	355.745	8,05	109.785	17,77*
1972	954.394	12,62	422.968	18,90	106.951	- 2,58
1973	973.601	2,01	457.393	8,14	111.913	4,64
1974	957.253	- 1,68	530.500	15,98	122.794	9,72
1975	998.471	4,31	590.482	11,31	132.593	7,98
1976	1.022.191	2,38	652.010	10,45	146.433	10,44
1977	1.006.316	- 1,55	664.214	1,84	159.973	9,25
1978	997.444	- 0,88	675.286	1,67	165.710	3,59
1979	998.000*	0,06	682.781	1,11	169.248	2,14

	F.D.P. absolut	Veränderung zum Vorjahr %	insgesamt absolut	Veränderung zum Vorjahr %	Mitglieder auf 1000 Wahlberechtigte
1968	57.034		1.149.639		27,1
1969	58.750	3,01	1.217.882	5,94	28,6
1970	56.531	- 3,78	1.299.192*	6,68	30,4
1971	53.302	- 5,71	1.366.288	5,16	31,8
1972	57.757	8,36	1.542.070	12,87	35,7
1973	63.205	9,43	1.606.112	4,15	37,1
1974	70.938	12,23	1.681.485	4,69	38,7
1975	74.032	4,36	1.795.578	6,78	41,1
1976	79.162	6,93	1.899.796	5,82	43,3
1977	79.539	0,48	1.910.042	0,54	43,3
1978	80.928	1,75	1.919.368	0,49	43,4
1979	83.000*	2,56	1.933.029*	0,71	43,4

Quellen: Geschäftsberichte der Parteien. Mit * versehene Zahlen sind interpoliert.

Aus: K.G. Troitzsch, 1980, S. 82

Literatur

- Agnoli, J. (1968), *Die Transformation der Demokratie*, in: J. Agnoli/P. Brückner, *Die Transformation der Demokratie*, Frankfurt a.M., S. 5-87
- Althusser, L. (1973), *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, in: Ders., *Marxismus und Ideologie*, Berlin (West), S. 111-171
- Beyme, K. von (1981), *Do parties matter? - Der Einfluß der Parteien auf politische Entscheidungen*, in: PVS 4, S. 343-358
- Beyme, K. von (1982), *Parteien in westlichen Demokratien*, München
- Blanke, B./Jürgens, U./Kastendiek, H. (1975), *Das Verhältnis von Politik und Ökonomie als Ansatzpunkt einer materialistischen Analyse des bürgerlichen Staates*, in: Dies., *Kritik der Politischen Wissenschaft*, Bd. 2, Frankfurt/New York, S. 414-444
- Brückner, P. (1982), *Psychologie und Geschichte*, Berlin
- Buchhaas, D. (1981), *Die Volkspartei. Programmatistische Entwicklung der CDU 1950-1973*, Düsseldorf
- Buci-Glucksmann/G. Therborn, G. (1982), *Der sozialdemokratische Staat. Die »Keynesianisierung« der Gesellschaft*, Hamburg
- Collester, J.B. (1969), *Coalition Politics in the German Federal Republic: Extension of Empirical Theory*, Indiana University, Ph.D.
- Deuerlein, E. (1957), *CDU/CSU 1945-1957. Beiträge zur Zeitgeschichte*, Köln
- Dittberner, J./Ebbighausen, R. (Hg.) (1973), *Parteiensystem in der Legitimationskrise*, Opladen
- Dittberner, J. (1973), *Der Wirtschaftsrat der CDU e.V.*, in: J. Dittberner/R. Ebbighausen (Hg.), S. 200-228
- Downs, A. (1968), *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen
- Ebbighausen, R./Kaltenborn, W. (1973), *Arbeiterinteressen in der CDU? Zur Rolle der Sozialausschüsse*, in: J. Dittberner/R. Ebbighausen (Hg.), S. 172-199
- Falke, W. (1982), *Die Mitglieder der CDU. Eine empirische Studie zum Verhältnis von Mitglieder- und Organisationsstruktur der CDU 1971-1977*, Berlin
- Feist, U./Güllner, M./Liepelt, K. (1977), *Strukturelle Angleichung und ideologische Polarisierung. Die Mitgliedschaft von SPD und CDU/CSU zwischen den 60er und 70er Jahren*, in: M. Kaase, S. 257-278
- Fromm, E. (1979), *Angestellte und Arbeiter am Vorabend des Faschismus*, Frankfurt a.M. (zuerst: 1938)
- Gluchowski, P./Veen, H.-J. (1979), *Nivellierungstendenzen in den Wähler- und Mitgliedschaften von CDU/CSU und SPD 1959-1979*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, S. 312-331
- Grasser, U. (1973), *Die CDU und die Junge Union*, in: J. Dittberner/R. Ebbighausen (Hg.), S. 327-348
- Greven, M.Th. (1977), *Parteien und politische Herrschaft*, Meisenheim am Glan
- Greven, M.Th. (1980a), *La CDU/CSU a veille des législative de 1980*, in: *Allemagne D'Aujourd'Hui*, 72, S. 7-23
- Greven, M.Th. (1980b), *Die CDU: zurück zu Rechtsstaat und Marktwirtschaft*, in: Greven/Prätorius/Schiller, *Sozialstaat und Sozialpolitik*, Neuwied u. Darmstadt, S. 149-161
- Greven, M.Th. (1980c), *Die verbale Strategie des Kanzlerkandidaten*, in: *Die Aussichten der Republik*, Frankfurter Hefte - Extra, 2, S. 160-170
- Greven, M.Th. (1982), *Sozialwissenschaftliche Konsistenz und politischer Kontext der »Neuen Sozialen Frage« - keine neue Strategie der Konservativen*, in: H. Becher (Hg.), *Die Neue Soziale Frage*, Opladen, S. 58-99
- Greven, M.Th. (1983), *Continuité ou rupture. Fin de l'ère socialdemocrate ou normalité du système parlementaire*, in: *Allemagne D'Aujourd'Hui*, 83, S. 3-21
- Gurland, A.R.L. (1980), *CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953*, Frankfurt a.M.
- Gutjahr-Löser, P. (1979), *CSU. Portrait einer Partei*, München/Wien
- Heidenheimer, A. (1960), *Adenauer and the CDU. The Rise of the Leader and the Integration of the Party*, Den Haag
- Hirsch, J. (1982), *Das Ende des keynesianischen Zeitalters*, in: *Links*, 153, S. 8-9

- Höfling, W. (1980 a), *Die Vereinigungen der CDU. Eine Bestandsaufnahme zu Organisationsstruktur, Finanzen und personeller Repräsentanz*, in: H. Kaack/R. Roth (Hg.), 1980, Bd. 1, S. 125-152
- Höfling, W. (1980b), Funktionsprobleme des Vereinigungssystems der CDU, in: H. Kaack/R. Roth (Hg.), 1980, Bd. 1, S. 153-173
- Hofmann, G. (1980), *Die Neue Rechte, Personen und Gruppierungen in der CDU/CSU*, in: Die Ausichten der Republik, Frankfurter Hefte - Extra 2, S. 77-86
- Institut für Sozialforschung (1936), *Studien über Autorität und Familie*, Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung, Paris
- Kaack, H./Roth, R. (Hg.) (1980), *Handbuch des deutschen Parteiensystems*, 2 Bde., Opladen
- Kaase, M. (Hg.) (1977), *Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976*, PVS, Heft 2/3
- Kaestner, J. (1979), *Die gegenwärtige Gesellschafts- und Staatsauffassung der CSU*, Frankfurt/Main
- Kuby, E. u.a. (1963), *Franz Josef Strauß. Ein Typus unserer Zeit*, Wien usw.
- Lederer, W. (1967), *Die Einflußnahme der kleineren Koalitionspartner auf die Regierungspolitik des Bundeskanzlers in den Jahren 1949-1957*, (Diss.), Kiel
- Meyer, A./Rabe, K.-K. (Hg.) (1980), *Einschlägige Beziehungen von Unionspolitikern*, Bornheim-Merten
- Meyer, G. (1977), *Thesen zur Kritik der empirischen Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: M. Kaase, (Hg.) 1977, S. 169-194
- Mintzel, A. (1975), *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972*, Opladen
- Mintzel, A. (1977), *Geschichte der CSU. Ein Überblick*, Opladen
- Müchler, G. (1976), *CDU-CSU. Das schwierige Bündnis*, München
- Narr, W.D. (1966), *CDU-SPD. Programm und Praxis seit 1945*, Stuttgart usw.
- Narr, W.D. (Hg.), (1977 a), *Auf dem Weg zum Einparteiensstaat*, Opladen
- Narr, W.D. (1977 b), *Parteienstaat in der BRD - ein Koloß auf tönernen Füßen, aber mit stählernen Zähnen*, in: Ders., S. 1977 a, S. 7-25
- Negt, O. (1977), *Auf dem Wege zu einer autoritären Gesellschaft. Eine Analyse von Reden und Schriften der führenden Politiker der Regierungsparteien (CDU/CSU und FDP)*, in: Ders., Keine Demokratie ohne Sozialismus, Frankfurt a.M., S. 57-77
- Offe, C. (1972), *Klassenherrschaft und politisches System. Zur Selektivität politischer Institutionen*, in: Ders., Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt a.M., S. 65-105
- Poulantzas, N. (1978), *Staatstheorie*, Berlin (West)
- Pridham, G. (1977), *Christian Democracy in West Germany. The CDU/CSU in Government and Opposition, 1945-1976*, London
- Pütz, H. (1978), *Die CDU. Entwicklung, Aufbau und Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands*, 3. Aufl., Düsseldorf
- Raschke, J. (Hg.) (1978), *Die politischen Parteien in Westeuropa*, Reinbek b. Hamburg
- Rattinger, H. (1976), *Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Ergebnis der Bundestagswahl 1976*, in: PVS 1, S. 51-70
- Reich, W. (1933), *Massenpsychologie des Faschismus*, o.O.
- Riehl-Heyse, H. (1979), *CSU. Die Partei, die das schöne Bayern erfunden hat*, München
- Roth, R. (1980), *Der Konflikt um die Strategie und den Kanzlerkandidaten in der CDU/CSU*, in: H. Kaack/R. Roth, Bd. 2, S. 119-145
- Sarcinelli, U. (1980), *Das Grundsatzprogramm der CDU. Selbstverständnis, Aussagen und Parteitagdiskussion*, in: H. Kaack/R. Roth, Bd. 2, S. 57-82
- Schäfer, G. (1967), *Die Chancen der Nationaldemokraten. Über das Verhältnis der rechtsextremen Randgruppen zur allgemeinen politischen Entwicklung in der Bundesrepublik*, in: I. Fetscher (Hg.), Rechtsradikalismus, Frankfurt a.M., S. 67-94
- Schäfer, G. (1969), *Leitlinien stabilitätskonformen Verhaltens. Entwicklungsperspektiven und Gewaltpotentiale rationalisierter Herrschaftsinteressen*, in: G. Schäfer/C. Nedelmann (Hg.), Der CDU-Staat, Bd. 2, 2. Aufl., Frankfurt a.M., S. 425-460

- Scheer, H. (1977), *Die nachgeholte Parteibildung und die politische Säkularisierung der CDU*, in: W.D. Narr (Hg.), 1977 a, S. 149-172
- Schmidt, M.G. (1978), *Die »Politik der inneren Reformen« in der Bundesrepublik Deutschland 1969-1976*, in: PVS 2, S. 201-253
- Schmidt, M.G. (1980), *CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern*, Frankfurt/New York
- Schmidt, S. (Hg.) (1974), *Schwarze Politik aus Bayern. Ein Lesebuch zur CSU*, Darmstadt u. Neuwied
- Schmollinger, H.W./Stöss, R. (1976), *Bundestagswahlen und soziale Basis politischer Parteien in der Bundesrepublik*, in: Prokla 25, S. 15-37 und Prokla 26, S. 111-149
- Schmollinger, H.W./Stöss, R. (1980), *Sozialstruktur und Parteiensystem*, in: D. Staritz (Hg.), 2. Aufl., S. 231-254
- Schumpeter, J.A. (1950), *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern
- Staritz, D. (Hg.), (1980), *Das Parteiensystem der BRD*, Opladen, 2. Aufl.
- Stöss, R. (1980), *Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik*, Opladen
- Stötzner, K. (1983), *»Die neue Zeit muß im Gewand der Mütterlichkeit kommen.« Zur CDU-Familienpolitik*, in: Links, Nr. 156, S. 14-15
- Troitzsch, K.G. (1980), *Mitgliederstrukturen der Bundestagsparteien*, in: H. Kaack/R. Roth (Hg.), Bd. 1, S. 81-100
- Vobruba, G. (1979), *Keynesianismus als politisches Prinzip. Zur Theorie des instrumentellen Gesellschaftsbildes*, in: Leviathan 4, S. 491-512
- Weizsäcker, R. von (Hg.) (1977), *CDU-Grundsatzdiskussion*, Bonn